29. Jahrgang
24

30. November
2019

www.frankfurter-info.org 50 Cent

frankfurter info

Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben!

Schwerer Angriff auf die VVN-BdA

Am 4. November hat das Finanzamt für Körperschaften I des Landes Berlin der Bundesvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. die Gemeinnützigkeit entzogen. Damit verbunden sind vorerst Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe, die noch in diesem Jahr fällig werden. Weitere erhebliche Nachforderungen sind zu erwarten und auch zukünftig drohen wesentlich höhere steuerliche Belastungen. Damit ist die VVN-BdA in ihrer Existenz bedroht.

Das Finanzamt Berlin handelt damit anders, als das Finanzamt Oberhausen-Süd, das der Landesvereinigung NRW die Gemeinnützigkeit am 22. Oktober gewährt hat. In beiden Fällen war derselbe Vorwurf erhoben worden. Er besteht darin, dass die Landesvereinigung Bayern der VVN-BdA im bayrischen Verfassungsschutzbericht wiederholt als linksextremistisch beeinflusst dargestellt wird. Während das Finanzamt Oberhausen-Süd der Widerrede der VVN-BdA im Anhörungsverfahren entsprach, beharrt das Berliner darauf, dass „der volle Beweis des Gegenteils, als Widerlegung der Vermutung als extremistische Organisation“ nicht erbracht worden sei.

Das bedeutet, dass die Bewertung durch eine nachgeordnete bayrische Landesbehörde, die laut bayrischem Gerichtshof keine Tatsachenbehauptung darstellt, demnach über das Schicksal einer bundesweit arbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisation entscheiden dürfen soll.

Von Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse 1947 gegründet, ist die VVN-BdA seitdem die größte, älteste, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten Deutschlands. Sie vertritt die Interessen von Verfolgten und Widerstandskämpfern, sowie deren Nachkommen, tritt für Frieden und Völkerverständigung ein und hat gegen große gesellschaftliche Widerstände wesentlich dafür gesorgt, dass die Verbrechen des Nazi-Regimes nicht in Vergessenheit geraten sind, u.a. durch den Einsatz für die Errichtung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten und vielfache Zeitzeugenarbeit. Sie informiert über aktuelle neofaschistische Umtriebe und organisiert den Widerstand in breiten Bündnissen.

Wir sind entsetzt und empört darüber, dass sich das Berliner Finanzamt die haltlosen Unterstellungen der bayrischen Behörde ungeprüft zu eigen macht. Damit behindert es genau das zivilgesellschaftliche Engagement, das von Regierung und Parteien angesichts schrecklicher rechtsterroristischer Verbrechen allenthalben eingefordert wird.

Wir fordern die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für unsere Organisation!

Wir fordern praktische Unterstützung für alle zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, die die Grundwerte des Grundgesetzes gegen rassistische, antisemitische, nationalistische und neofaschistische Angriffe verteidigen! *22.11.2019, vvn-bda.de*

Es geht um Meinungsfreiheit

Streitgespräch zwischen Kämmerer Uwe Becker und Professor Micha Brumlik

Die Politik Israels bzw. der Umgang damit wird unter den Mitgliedern und Gästen im Club Voltaire kontrovers diskutiert. In Frankfurt und anderen Städten wird neuerdings versucht, solche Diskussionen durch die Verweigerung öffentlicher Räume zu verhindern. Dem Club Voltaire soll sogar die finanzielle Existenzgrundlage entzogen werden. Doch die Sache ist noch komplexer, weil auch kritische Juden, viele mit israelischem Pass, als „Antisemiten“ gebrandmarkt werden. Dazu gehört die 74 jährige Judith Bernstein, die bei der Veranstaltung „Meinungsfreiheit statt Zensur“ im geschichtsträchtigen „Titania“ aufgetreten ist. Weil der Club Voltaire Mitveranstalter war, dient das der CDU, allen voran Uwe Becker, als Argument, dem Club die städtische Förderung zu entziehen. Micha Brumlik ist ein entschiedener Gegner dieser um sich greifenden Praxis und spricht von „neuem McCarthyismus“.

Donnerstag, 5. Dezember, 16 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

TERMINE

30. November Samstag

Straßenaktion ‚Lieferkettengesetz‘
11-14 Uhr, Zeil 71-75 (vor P&C)

Frankfurter Ideen für den Frieden
Wissenschaftler*innen geben Einblick in ihre Arbeit
13 - 16 Uhr, Zentralbibliothek, Hasengasse 4

Wie weiter? Welche Perspektiven eröffnet die Möllner Rede
15 - 18 Uhr, Com.Space, NIKA, Niddastr. 57

Kirche im Nordend leuchtet gegen die Todesstrafe
Lesung in Kooperation mit der Initiative gegen die Todesstrafe e.V. und Amnesty aus Briefen, Gedichten und Erzählungen von Gefangenen in Todeszellen der USA.
18 Uhr, Kirche St. Bernhard, Koselstr. 11

2. Dezember Montag

Juden in der DDR
Gespräch mit Gregor Gysi und Werner D’Inka (FAZ). Welche Bedeutung misst Gysi der jüdischen Kultur im Allgemeinen und in der DDR im Besonderen zu? Anmeldung: christine.wern@juedischesmuseum.de
18 Uhr, Evang. Akademie, Römerberg 9

Die EZB und ihre Geldpolitik – eine Europäische Alternative
Der Referent Dr. Dirk Ehnts ist deutscher Vertreter der Modern Monetary Theory.
19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5

Die zerrissene Republik - Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland
mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Norbert Walter-Borjans, SPD, Janine Wissler (MdL), DIE LINKE,
Moderation: Stephan Hebel (FR)
In seinem neuen Buch thematisiert Christoph Butterwegge nicht nur, wie soziale Ungleichheit entsteht und warum sie zugenommen hat, sondern auch, weshalb die politisch Verantwortlichen darauf kaum reagieren und was getan werden muss, um sie einzudämmen.
19 - 21 Uhr, Haus am Dom, Domstr. 3

TERMINE

3. Dezember Dienstag

Ausstellung „Mare Manuscha“
Innenansichten aus Leben und Kultur der Sinti & Roma. Führung mit Alexander Paul Englert (Fotograf).
18 Uhr, Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Mainzer Landstr. 293

Venezuela als Schauplatz politischen Scheiterns
Die aktuelle Regierung hat das Land in die schwerste wirtschaftliche und soziale Krise seiner Geschichte manövriert und greift auf autoritäre Maßnahmen des Machterhalts zurück. Die Opposition konnte trotz massiver internationaler Unterstützung aus der Krise kein Kapital schlagen.
Damit haben sich auch die Außenpolitik und eine Reihe politischer Analytiker*innen verspekuliert. Kurz: Venezuela ist ein Land der Sackgassen.
In seinem Vortrag schaut Stefan Peters, Professor für Friedensforschung an der Uni Gießen und Direktor des Deutsch-Kolumbianischen Friedensinstituts in Bogotá, hinter die Kulissen der politischen Auseinandersetzungen. € 5 /ermäßigt € 2
Deutsch-Ibero-Amerikanische Gesellschaft
18.15 Uhr, Frankfurter PresseClub, Ulmenstr. 20

2. Vorbereitungstreffen Aktionstag „Mietenwahnsinn“ s. Seite 4
18.30 Uhr, Studierendenhaus, Campus Bockenheim, Mertonstr. 26

System change not climate change – heißt?
mit Jutta Ditfurth.
Wer den Klimawandel stoppen will, muss den Kapitalismus abschaffen – so richtig diese Aussage ist, sie bleibt ebenso ungenau, wie in der breiten Öffentlichkeit ungehört. Die Forderungen der aktuellen Klimabewegung(en) scheinen demgegenüber oftmals viel zu handzahm und politikgläubig, als dass ihre Einlösung eine tatsächliche Überwindung der Klimakrise versprechen würde. Hier und da ist jedoch die Parole vom 'system change' zu hören, innerhalb von FfF bildete sich eine antikapitalistische Plattform und die radikale Linke hat das Ökologie-Thema wiederentdeckt. Was also tun? Worin liegt das Potenzial der aktuellen Klimabewegungen einen 'system change' einzuleiten? Wie sieht dies konkret aus? Und welche Teile der Klimabewegungen müssen vielleicht eher als Gegner_innen, statt als Bündnispartner betrachtet werden?
Jutta Ditfurth ist Soziologin, Publizistin und politische Aktivistin von ÖkoLinX. Antifa - Kritik und Klassenkampf
18.30 Uhr, Café Koz, Studierendenhaus, Mertonstr. 26

Massendeportationen aus Frankfurt. Führung durch die Gedenkstätte Großmarkthalle

Entworfen wurde die Großmarkthalle Mitte der 1920er-Jahre von dem Architekten Martin Elsaesser. Sie war bautechnisch auf höchstem Niveau, konzipiert für den modernen Handel und reibungslosen Umschlag von Obst und Gemüse ... Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und NSDAP-Gauleitung nutzten das Gebäude und seine Funktionalität ab 1941 für Massendeportationen von Juden. ... Deshalb mietete die Gestapo den östlichen Kellerbereich als Sammelplatz zur Durchführung der Deportationen. Der Keller bot Schutz vor neugierigen Blicken auf das Verbrechen und notdürftig Platz für Hunderte Menschen. Frauen, Männer und Kinder wurden durch das eingesetzte Personal gedemütigt, körperlich misshandelt. Letzter Habseligkeiten beraubt zwang man sie schließlich an das Gleisfeld vor der Halle. Dort standen die Züge der Deutschen Reichsbahn für die Transporte in die Ghettos und Konzentrationslager bereit. Direkt nebenan ging der tägliche Marktbetrieb weiter. ...

Bei der Großmarkthalle waren nicht nur Gestapo-Beamte und Parteifunktionäre im Einsatz. Auch „normale“ Polizisten, Finanz- und Eisenbahnbeamte sowie die Mitarbeiter verschiedener städtischer Ämter wirkten an den Deportationen mit. Die Stadtverwaltung sowie viele nicht-jüdische Bürgerinnen und Bürger profitierten vom zurückgelassenen Besitz der Verschleppten. Andere bezogen Wohnungen und Häuser, aus denen Juden vertrieben worden waren. ...

Anmeldung (zwingend erforderlich): christine.wern@stadt-frankfurt.de

Jede teilnehmende Person muss einen gültigen Reisepass oder Personalausweis beim Einlass in der EZB vorzeigen. Außerdem, darf kein größeres Gepäck mit ins Gelände genommen werden.

Freitag, 6. Dezember, 16 Uhr,
Erinnerungsstätte Großmarkthalle,
Philipp-Holzmann-Weg

Das Hufeisenmodell: Linksextrem = Rechtsextrem?

mit Uwe Backes und Julika Bürgin
Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus – aus der Perspektive der Extremismustheorie eint diese Ideologien mehr, als sie trennt. Ihre Vertreter*innen, so die Theorie, befänden sich an den Rändern der Gesellschaft, arbeiteten daran, die Demokratie zu zerstören, und seien nur in ihrer Weltanschauung, nicht aber in ihren Methoden voneinander zu trennen. Dieses Hufeisenmodell geht von einer gesunden, vernünftigen Mitte der Gesellschaft aus, die von allen Seiten von Extremen bedroht wird.

... Doch wer gehört zu dieser konstruierten gesellschaftlichen Mitte – und wer nicht? Vor allem die Annahme, dass „Extremist*innen“ sich in der Wahl ihrer politischen Mittel gleichen, verkennt die Strategien aktueller rechter Akteur*innen: Sie bleiben anschlussfähig zum gesellschaftlichen Diskurs und verschieben ihn durch kalkulierte Grenzverletzungen nach rechts. Mit einigem Erfolg, wie die Stichworte „Flüchtlingswelle“, „Genderismus“ oder „political correctness“ zeigen.

... Ist die Extremismustheorie ein geeignetes Modell, um gesellschaftliche Wirklichkeit zu beschreiben? Oder birgt sie die Gefahr, Rechtsextremismus auf Kosten von Linksextremismus zu verharmlosen?

Uwe Backes, Professor der Politikwissenschaft, stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, TU Dresden

Julika Bürgin, Professorin am Institut für Sozialpolitik und Soziale Arbeit an der Hochschule Darmstadt, Politik- und Erziehungswissenschaftlerin

Donnerstag, 5. Dezember, 19 Uhr,
Bildungsstätte Anne Frank, Hansaallee 150

Spielfilm: Edelweißpiraten

Köln-Ehrenfeld, ein Arbeiterviertel. Rebellische Jugendliche entziehen sich den Nazis. Sie glauben nicht mehr an den Endsieg. Hören Jazz, träumen von einer gerechten Welt, schmieren Antikriegsparolen an Hauswände und planen Sabotageakte. anschließend Diskussion. Eintritt frei!

VVN-BdA, linksjugend solid, SDAJ, Studienkreis Deutscher Widerstand, Die Linke/SDS, Jusos, Raumstation, DGB-Jugendclub.

Dienstag, 3. Dezember, ab 18 Uhr,
Filmbeginn 19 Uhr,
Raumstation Rödelheim, Auf der Insel 14

Adler.Werke.Katzbach

Szenische Lesung zur NS-Geschichte in Frankfurt

Während der Auschwitz-Prozess 20 Jahre nach der Befreiung des Lagers zum nicht mehr auslöschbaren Zeichen wurde, war das Vernichtungslager der vor allem polnischen Gefangenen aus dem Warschauer Aufstand noch Jahrzehnte in Deutschland und Polen „vergessen“. „Adler.Werke.Katzbach“ nähert sich dem historischen Vorgang der Vernichtung durch Arbeit, Terror und Hunger in diesem Lager über eine Textpartitur aus dokumentierendem Bericht, der Selbstdarstellung der Unternehmer und der SS-Täter, dem Bericht über die Opfer und literarischen Fragmenten.

Regie: Ulrich Meckler

Mittwoch, 11. Dezember, 19.30 Uhr,
Haus am Dom, Domplatz 3

Workshop: Beratung über die Vergesellschaftung des Wohnungswesens

Die Berliner Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ hat über dieses Bundesland hinaus Wellen geschlagen und dazu beigetragen, den wohnungspolitischen Diskurs nach links zu verschieben. Die „Plattform kritischer Immobilienaktionär_innen“ versucht zu den strategischen Herausforderungen und Möglichkeiten, die sich aufgrund dieser Situation über Berlin hinaus ergeben, eine Debatte zu initiieren.

Bislang für unverrückbar gehaltene neoliberale Positionen und wohnungspolitische Rahmenbedingungen sind mit der Enteignungskampagne in Frage gestellt worden. Neue, offensive Wege in der Wohnungspolitik können beschritten werden. Dazu gehören zum Beispiel die Bestrebungen zu öffentlich-rechtlichen „Mietendeckel“ auf Länderebene, die tendenziell die „heilige Kuh“ des marktbasierten Vergleichsmietensystems rechts liegen lassen. Eine neue „Priorität der Politik“ im „Wohnungswesen“ ist in realistische Nähe gerückt. Und damit ist ein weites Feld offensiven Denkens und Handelns eröffnet.

Die Immobilienlobby hat darauf zunächst irritiert reagiert. Inzwischen hat sie eine Maschinerie der Gegenpropaganda angeworfen. In dieser Situation ist es nicht von Vorteil, dass sich außerhalb Berlins die konkreteren Diskussionen, Forderungen und Bestrebungen um eine Vergesellschaftung des Wohnungswesens in engen Grenzen halten. Es gibt auch in anderen Bundesländern Stimmungen und Slogans für die „Enteignung“, aber es ist bislang nicht erkennbar, dass daraus konkrete Konzepte, Strategien und praktische Schritte werden. Das ist nicht nur deshalb unbefriedigend, weil damit ein Teil der Offensive schlicht ausfällt. Da Vermietungskonzerne wie Vonovia, Grand City, TAG oder Akelius bundesweit, zum Teil sogar transnational, tätig sind, ist zu erwarten und bereits zu beobachten, dass ihre Reaktion keineswegs auf Berlin beschränkt bleibt.

Es bleibt den offensiven wohnungspolitischen Bewegungen auch außerhalb Berlins nichts anders übrig, als sich ebenfalls der Perspektive der Vergesellschaftung zu stellen: konzeptionell, strategisch und praktisch.

Dieser Problematik wollen wir uns beim Frankfurter Ratschlag anhand der folgenden (vorläufigen) Fragekomplexen annähern:

1. WAS

kann und soll vergesellschaftet werden? Sollen einzelne Immobilien, sollen Immobiliengesellschaften oder sollen Geschäftsanteile enteignet werden? Wie werden die „sozialisierungsreifen“ Eigentümer von den nicht sozialisierungsreifen unterschieden? Wenn dies anhand der Anzahl der Wohnungen eines Eigentümers geschieht, welcher Begriff des Eigentums wird dann zu Grunde gelegt? Geht es um die willkürlich anpassbaren immobilienhaltenden Gesellschaften oder um die Holdings und Anteilseigner, die sich auch im Ausland befinden können?

Müssen nur Häuser, oder nicht auch Grundstücke, Verwaltungsunternehmen, Projektentwickler und Finanzdienstleister vergesellschaftet oder zumindest strikter gesellschaftlich reguliert werden? Kann es eine Wohnungsvergesellschaftung ohne Neugestaltung der Standards der Immobilienbewertung, der Immobilienfinanzierung und Ausbildungswege geben? Geht es nur um städtische Grundstücke oder nicht auch um landwirtschaftliche Flächen, die von Konzernen in großem Umfang aufgekauft werden? Kann die Vergesellschaftung des Wohnungswesens auf ein Bundesland begrenzt werden? Welche Auswirkungen hätte das auf die Wohnungsversorgung in anderen Gebieten? Welche bundes- oder europarechtlichen Bestimmungen könnten betroffen sein, wenn nur in einem Bundesland sozialisiert würde? Lässt sich die Vergesellschaftung angesichts der globalisierten Immobilienwirtschaft überhaupt auf einen Nationalstaat beschränken?

2. WOHIN

soll vergesellschaftet werden? Wie soll das sozialisierte Wohnungswesen demokratisch organisiert, gesteuert, finanziert und kontrolliert werden? Sollen die vergesellschafteten Wohnungen zentral oder dezentral verwaltet und bewirtschaftet werden? Wie ist das Verhältnis zwischen Selbstverwaltung und professionellen Leistungen? Können die Immobilienkonzerne umgebaut, oder müssen sie zerschlagen werden? Wie werden die Mieten gebildet? Wer soll über den Zugang zu den Wohnungen entscheiden? Welche Finanzierungs-, Kontroll- und Weiterbildungsstrukturen benötigt das vergesellschaftete Wohnungswesen?

3. WIE

kann die Überführung vom (sozialisierungsreifem) Privateigentum in die Gemeinwirtschaft gestaltet und finanziert werden? Wie kann im Falle einer Enteignung die Entschädigung so begrenzt werden, dass es nicht auf einen für die „Enteigneten“ rentablen Rückkauf hinausläuft? Welche Änderungen der Immobilienbewertung sind anzustreben, auch unabhängig von einer Enteignung? Wie kann verhindert werden, dass die Immobilienwirtschaft den Immobilien im Vorfeld einer Enteignung massiv Kapital entzieht und anderswo gewinnbringend einsetzt? Wie wird mit der Gefahr von Insolvenzen und Abwicklungen umgegangen?

4. REGULATIVE ÜBERGÄNGE:

Welche politischen Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die Sozialisierung der dazu reifen Teile des Wohnungswesens einzuleiten, zu erleichtern und zu begleiten? Welcher Regelungsbedarf ergibt sich direkt aus der Praxis der Interessenvertretung bei großen Wohnungsunternehmen und aus der Analyse ihrer Geschäftsmodelle? Inwiefern drängen diese Fragen zur Sozialisierung? Sind „Mietendeckel“ ein Schritt zur Vergesellschaftung oder machen sie sie zum Teil überflüssig? Unter welchen Bedingungen sind der kommunale Rückkauf von Immobilien oder der Aufbau gemeinwirtschaftlicher, selbstorganisierter Träger Beiträge zur Vergesellschaftung des Wohnungswesens? Welche anderen Baustellen der Wohnungs-Sozialisierung gibt es neben der Frage des Immobilieneigentums? Was muss getan werden, um nicht nur die Wohnungen großer Gesellschaften, sondern das gesamte Wohnungswesen unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen?

5. BASISORGANSIERUNG, BÜNDNISFRAGEN, KAMPAGNENBILDUNG:

Was tun wir, solange Sozialisierung und soziale Regulation noch nicht erreicht sind? Welche Rolle spielt die Enteignungsperspektive für den alltäglichen Widerstand gegen Mieterhöhungen, „Modernisierungen“, Wohnungsverfall? Inwiefern sind die Basisorganisierung der MieterInnen und/oder die Mobilisierung progressiver Öffentlichkeiten Voraussetzungen der Vergesellsschaftung?

Welchen Beitrag zur Vergesellschaftungsperspektive kann der Mieterwiderstand gegen Siedlungverkäufe, können Hausbesetzungen, gemeinschaftliche Hausprojekte und andere Formen der Wiederaneignung leisten? Wer sind die potenziellen gesellschaftlichen und politischen BündnispartnerInnen für eine Vergesellschaftungsstrategie? Wer sind ihre GegnerInnen, und wie kann mit ihnen umgegangen werden? Welche Rolle spielen die jeweiligen politischen Mehrheitsverhältnisse? Wie stehen die Kampagnenmöglichkeiten und Realiserungschancen in unterschiedlichen (Bundes)ländern? Welche praktischen Schritte können unternommen werden, um den Vergesellschaftungsdiskurs über Berlin hinaus zu verankern, zu vertiefen und zu erweitern? Wie kann die Mobilisierung zum Aktionstag am 28. März 2020 dazu genutzt werden, diese Themen zu verbreitern?

Zu jeder Diskussionsrunde gibt es kurze Impulse, die von „ExperInnen“ aus unterschiedlichen Zusammenhängen vorbereitet werden. Darauf reagieren ModeratorInnen mit zuspitzenden oder erweiternden Fragestellungen.

Veranstalter*innen: Kritische Immobilienaktionär*innen in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Anmeldung formlos per mail bitte an: anmeldung14122019@email.de

Es gibt keine Teilnahmegebühr.

Samstag, 14. Dezember, 11.30 - 18 Uhr
Osthafenforum (Medicohaus), Lindleystr. 15, direkt gegenüber Nr. 11.

TERMINE

3. Dezember Dienstag

Nachdenken über Europa: Rumänien
Rumänien, Ungarn und Polen haben eines gemeinsam. Die Regierungen haben die Unabhängigkeit der Justiz und der Presse angegriffen. Doch seit den letzten Wahlen trennen sich die Wege. Es scheint, als hätte die rumänische Gesellschaft das Abgleiten in den illiberalen Staat gestoppt, die offene Gesellschaft verteidigt und die Demokratie gestärkt. Was sind die Ursachen? Und was bedeutet das für die Verteidigung der liberalen Demokratie und die Zukunft der EU?
Podiumsdiskussion mit:
Mariana Hausleitner, Historikerin, Berlin
Reinhard Veser, Redakteur, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/Main
Moderation: Manfred Sapper, Chefredakteur von „Osteuropa“, Berlin
Heinrich-Böll-Stiftung Hessen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde
19 Uhr, Haus am Dom, Domplatz 3

Spielfilm: Edelweißpiraten s. Seite 2
Einlass ab 18 Uhr, Filmbeginn 19 Uhr, Raumstation Rödelheim, Auf der Insel 14

Bauhaus-Frauen – Meisterinnen in Kunst, Handwerk und Design
Susanne Bötte stellt einige Bauhaus-Frauen vor.
Frauendiskussionsabend - Ladies only!
19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

Unblock Cuba: Film „Die Kraft der Schwachen“
Ein ökonomisch unbedeutender Karibikstaat wird vom mächtigsten Land der Welt immer härter und unter Bruch aller Regeln des Völkerrechts attackiert.
Dieser kleine Karibikstaat hat weder eine besondere geostrategische Position noch nennenswerte Bodenschätze. Es ist das kubanische Beispiel, das dem Imperialismus Sorge bereitet.
Auch in den reichsten Ländern der Welt bietet der Kapitalismus der Mehrheit der Menschen keine Perspektive.
Eines der ärmsten Länder der Welt bietet diese Perspektive – trotz Blockade und anderen Schwierigkeiten.
Das ist die Gefahr, die von dem kleinen Karibikstaat ausgeht: Es ist sein Beispiel. Kuba zeigt den vermeintlich Schwachen ihre Kraft. Wir zeigen deshalb im Rahmen der #Unblock-Cuba!-Kampagne „Die Kraft der Schwachen“, den Film über Jorgito aus Camagüey (Kuba), der mit einer schweren Körperbehinderung zur Welt kam und sie – dank der Hilfe des kubanischen Gesundheitssystems – doch verändert.
DKP Frankfurt
20 Uhr, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, Raum 4

2. Vorbereitungstreffen Aktionstag „Mietenwahnsinn“

Der dezentrale Aktionstag gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung wird am Samstag, 28. März 2020 deutschland- und europaweit stattfinden.

Der Tag knüpft an die Mietenwahnsinn-Aktionstage im April 2019 bzw. Herbst 2018 an und soll die bundesweite Dynamik, die in der stadt- und mietenpolitischen Bewegung derzeit besteht, weitertreiben. Die Initiative für den Aktionstag geht vom »Aktionsbündnis gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung« aus, das sich Ende August in Göttingen gegründet hat und an dem eine Vielzahl unterschiedlicher stadtpolitischer Initiativen und Gruppen aus ganz Deutschland beteiligt ist. Ebenfalls zum Aktionstag ruft das Bündnis »Wohnen ist Menschenrecht« auf, das vor allem aus (Sozial-)Verbänden, Gewerkschaften und Mietervereinen besteht.

Bei unserem ersten Treffen vor zwei Wochen waren bereits einige Initiativen aber auch neugierige Einzelpersonen vertreten. Wir konnten Vorschläge zu Aktionsformen und Strategien sammeln sowie in erste Diskussionen dazu einsteigen. Was genau bisher besprochen wurde, findet ihr recht detailliert im angehängten Protokoll. Ganz bewusst schicken wir das nicht nur an die bislang anwesenden, sondern auch an weitere stadtpolitische Gruppen, auf deren Beteiligung wir hoffen! Ein ganz zentraler Gedanke besteht darin, die Vielfalt und Dynamik der städtischen Kämpfe hervorheben und starkmachen zu wollen. Deshalb: Jeder interessierte Kopf zählt! Eine Stadt für Alle

Dienstag, 3. Dezember, 18.30 Uhr, Studierendenhaus, Campus Bockenheim, Mertonstr. 26

Die Wohnungsfrage im Kapitalismus

Es herrscht akute Wohnungsnot. Wie immer mangelt es nicht an guten Vorschlägen, wie diesem Problem zu begegnen wäre: Aktivisten wettern gegen Auswüchse der Spekulation und Preistreiberei, die man politisch allemal verbieten oder bremsen könnte; progressive Parteien fordern einen Mietendeckel und sogar Enteignungen. Dann wären die Mieten vielleicht wieder bezahlbar.

Eigentümergesellschaften und ihre freidemokratischen Interessenvertreter können vor so etwas nur warnen: Wenn man den Eigentümern Vorschriften macht und Fesseln beim Mietpreis anlegt, dann lohnen sich Investitionen in neue Wohnungen nicht mehr und unterbleiben deswegen; dann ist der Wohnraum knapp und dann - da kennen sie sich aus - steigen die Mieten doch nur noch weiter. Das Gegenteil - Abräumen der Schranken für ihr Geschäft - würde helfen, dann klappt‘s vielleicht auch wieder mit dem Wohnen.

Man kann gar nicht sagen, in diesem Disput hätte eine Seite recht und die andere nicht. Recht haben sie beide in dem Sinne, dass genau so die politische Betreuung der Wohnungsfrage im Kapitalismus geht: Ermächtigung und Beschränkung als Hebel der Politik.

Unrecht haben sie insofern, als das ausgerufene Problem garantiert weder so noch anders ‚gelöst‘ wird. Denn wo Grund und Boden durch die Macht des Staates zu privatem Eigentum gemacht sind und als stattliche Einkommensquelle lizenziert werden, sind die Ansprüche des Grundeigentums so unhintergehbar wie unvereinbarmit den Wohnansprüchen eines in der Erwerbsarbeit eingehausten Volkes und den Erträgen aus dieser seiner Einkommensquelle.

Die ‚Wohnungsfrage‘ ist deswegen so alt wie der Kapitalismus selbst und ist als solche überhaupt nicht ‚zu lösen‘.

Allen erregten Gemütern, die das - mindestens für ihren Kiez - unmöglich glauben können, und allen, die ansonsten an einer Kritik der politischen Ökonomie des Grundeigentums interessiert sind, können wir das beweisen ... *farbeRot*

Mittwoch, 4. Dezember, 19 Uhr, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77

Común – Magazin für stadtpolitische Interventionen

Das Magazin kommt mitten aus der Bewegung, in der auf ganz unterschiedliche Weise das Recht auf Stadt eingefordert wird.

comun-magazin.org/

Offene Sprechstunde zur Wohnungspolitik

mit dem planungs- und wohnungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Römer, Eyup Yilmaz. Bei der offenen Sprechstunde könnten persönlich betroffene Bürger*innen über die Entwicklungen in der Wohnungspolitik diskutieren

Dienstag, 3. Dezember, 19 Uhr, Schönstraße 28

TERMINE

4. Dezember Mittwoch

Gäste, die arbeiten
Erzählcafé mit ehemaligen türkischen Gastarbeiter*innen.
Vier deutsch-türkische Frankfurter*innen der ersten Gastarbeiter*innen-Generation berichten von ihren Erfahrungen damals und heute. Sie erzählen, was sie als „Gäste“ zur Zeit des Anwerbeabkommens und der im Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeit erlebt haben und wie sich das Bild der Migrant*innen und ihre Lebenssituation im Laufe der Jahre verändert hat. Sie berichten auch, wie sie Deutschland mitaufgebaut haben und wofür sie sich heute einsetzen.
Wir laden Sie zu einem spannenden Gespräch bei Café und Kuchen ein.
Mit: Emine Gingöz, Inci Hilbert, Ali Reza Dikmen und Cemil Fuat Hendek
Kooperationspartner der AmKa: Attila Yergök. Moderation: Angela Jannelli
8 / 4 € Eintritt
Historisches Museum Frankfurt, Stadtlabor
17.30 Uhr, Historisches Museum Frankfurt, Saalhof 1

Abschiebungen und Widerstand
Das Afghan Refugees Movement gründetete sich 2016, um vereint für die Rechte der Geflüchteten zu kämpfen.
Sechs Bundesregierungen in Folge haben sich vergeblich dem Kampf in Afghanistan angeschlossen – mit desaströsem Ergebnis. Der Krieg geht in sein 18. Jahr. Trotzdem wird dieses Land als „sicher“ genug eingestuft, um die von dort Geflohenen zurück in das Kriegsgebiet zu schicken. Der Ausreisedruck wird erhöht und Sammelabschiebungen finden statt. Welche Möglichkeiten des Widersetzens gibt es?
18 Uhr, Com.Space, NIKA, Niddastr. 57

Die Wohnungsfrage im Kapitalismus
19 Uhr, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 s. Seite 4

Film: L’Impossible – Pages arrachés
von Sylvain George (F 2009). Der Film zeigt in fünf Kapiteln, die zwischen Paris und Calais wechseln, die Studierendenproteste von 2009 und die Situation von Refugees in Calais.
In Kooperation mit Seebrücke Frankfurt.
20.15 Uhr, Pupille Kino, Campus Bockenheim, Mertonstr. 26

5. Dezember Donnerstag

Es geht um Meinungsfreiheit s. Seite 1
16 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

Leben oder Sterben
Diskussion zur Seenotrettung im Mittelmeer. Während Frau PD Dr. Claudia Hofmann als Einstieg zunächst die völkerseerechtliche Basis legen wird, spricht direkt im Anschluss Herr Maximilian Pichl über die Entwicklung und Rolle der Grenzagentur Frontex. Kapitän Friedhold Ulonska, der gerade von einem Rettungseinsatz nach Deutschland zurückgekehrt ist, wird von den praktischen Herausforderungen am Einsatzort erzählen. Er war 1. Offizier auf der Sea-Watch, sowie Kapitän auf der Lifeline, Sea-Eye und weiteren Einsatzbooten. Prof. Dr. Christopher Hein lehrt Asyl- und Migrationsrecht an der LUISS in Rom und war bis 2015 Direktor des italienischen Flüchtlingsrats, kennt somit die italienische Perspektive und wird auch über aktuelle europäische Lösungen und ihre Erfolgsaussichten sprechen.
17 Uhr, Goethe Universität Law Clinic, Campus Westend, Hörsaalzentrum, HZ 13

Landwirtschaft und Klimaschutz: Über das Sollen, Können, Wollen
Prof. Dr. Alfons Balmann (Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien).
Am 20. September 2019 hat die deutsche Bundesregierung den Beschluss ihres Klimakabinetts als Vorlage für ein Klimaschutzgesetz vorgestellt. Nach umfangreicher Kritik, aber auch Zustimmung, aus der Bevölkerung und der Wissenschaft sieht die Regionalgruppe Frankfurt der Scientists For Future erheblichen Klärungs- und Diskussionsbedarf.
19 Uhr, Senckenberg Forschungszentrum, Georg-Voigt-Str. 14

Stürmische Zeiten?
Wie es mit den deutschen Gewerkschaften weitergehen kann
Dr. Frank Deppe, Professor em. aus Marburg, forscht dazu seit vielen Jahren.
Club Voltaire in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen
19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

Streitbar 08: Das Hufeisenmodell: Linksextrem = Rechtsextrem?
19 Uhr, Bildungsstätte Anne Frank, Hansaallee 150 s. Seite 2

Die aktuellen Ereignisse am Amazonas und unsere Verantwortung
mit Karin M. Naase, Ethnologin, die intensiv in Ländern des südamerikanischen Kontinentszu Fragen der politischen Ökologie geforscht.
19 - 21 Uhr, DENKBAR, Spohrstr. 46a

5. / 6. / 7. / 13. / 14. Dezember

Theater: ROT ODER TOT (5)
Die verkrusteten Strukturen des alten SED-Staates sind aufgebrochen und plötzlich scheinen ungeahnte Veränderungen möglich. Doch wie umgehen mit der neugewonnenen Freiheit?
20 Uhr, Studio Naxos, Waldschmidtstr. 19

6. Dezember Freitag

Kurdistan und die arabische Revolution
Vortrag von Peshra Mohammed, Journalist und Übersetzer, führender Aktivist des Socialist Review Center in irakisch-Kurdistan und Klaus Henning, Politikwissenschaftler.
Marx21 Hessen
19 - 22 Uhr, Bildungsraum, Schönstr. 28

6. und 7. Dezember

Theater: „Die Unvollendete. 1918“
Ein Stück deutsche Revolution.
Theatralische Beschwörung eines vergessenen großen Aufbruchs in eine bessere Zukunft, in der das Volk selbst die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes entscheidend mitbestimmt. Freies Schauspiel Ensemble
20 Uhr, TITANIA, Basaltstr.23

8. Dezember Sonntag

Film: Experiment Rojava in Syrien, eine Gesellschaft im Aufbruch.
von Robert Krieg (D 2019) Der Einmarsch türkischer Truppen in die autonomen kurdischen Gebiete in Nordsyrien hat bereits zahllose Opfer gefordert und ist dabei, vielversprechende Ansätze einer basisdemokratischen Selbstverwaltung zu vernichten und die Entwicklung von Zivilgesellschaft um weitere Jahrzehnte zurückzuwerfen.
Anschließendes Filmgespräch mit dem Regisseur Robert Krieg sowie dem Rettungsarzt Dr. Michael Wilk (Wiesbaden)
10.30 Uhr, Naxos-Kino, Waldschmidtstr. 19

9. Dezember Montag

Film: Der zweite Anschlag
von Mala Reinhardt (DE 2018). Reinhardt verleiht Menschen, die rassistisch motivierte Gewalttaten erlebt haben, durch ihren Film Sichtbarkeit. Der immer noch fehlenden Aufklärung einer Vielzahl rechter Verbrechen setzt der Film Momente der Solidarisierung von Betroffenen entgegen. Er thematisiert deutsche Erinnerungskultur als eine problematische, zynische Geschichte des Widerstrebens, sich ernsthaft mit strukturellem Rassismus zu beschäftigen. Gespräch mit der Regisseurin.
Kinothek Asta Nielsen e.V.
18.45 Uhr, Harmonie, Dreieichstraße 54

Nachhaltige Mobilität in den Kommunen?
mit Prof. Martin Lanzendorf, Mobilitätsforscher an der Goethe Uni Frankfurt
In diesem Vortrag wird die derzeitige Faktenlage zur Mobilität der Bürger*innen von Frankfurt und anderen Großstädten dargestellt und mögliche Handlungsoptionen diskutiert. AStA Universität Frankfurt
19 - 21 Uhr, Café KoZ, Studierendenhaus, Mertonstr. 26

Frankfurter Info 24 / 2019, 30. November 2019
Herausgeber: Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim (LAGG) e.V.
Das Frankfurter Info erscheint vierzehntäglich.
Jahresabonnement: 28,50 Euro inkl. Porto
LAGG, IBAN: DE28 5019 0000 4302 1745 69
Frankfurter Volksbank, Verwendungszweck: Frankfurter Info
Druck und Versand: druckwerkstatt Rödelheim

Redaktions- und Bezugsadresse:
eMail: redaktion@frankfurter-info.org
Info-Telefon: Ulla Diekmann 069 - 26 91 06 08
Termine, Meldungen und Artikel bitte an die Redaktionsadresse.
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 9. Dezember 2019
Verantwortliche Redakteurin: U. Diekmann
Frankfurter Info online: www.frankfurter-info.org

TERMINE

10. Dezember Dienstag

Verbindliche Menschenrechtsstandards für Unternehmen – Jetzt!
Amnesty International
Podiumsdiskussion mit Kathrin Hartmann – Journalistin und Buchautorin, Dr. Mathias John – Vorstand Amnesty International, Dr. Kurt Michels – Chief Compliance Officer VW-Konzern
19.30 Uhr, Haus am Dom, Domplatz 3

Dokumentarfilm: Unantastbar - Der Kampf um Menschenrechte
von Claus Kleber (D 2018)
Anlässlich des 70. Jahrestages der UN-Menschenrechtserklärung zeigen die Journalistin Angela Andersen und der Filmemacher Claus Kleber, wie es real um diese Säulen der menschlichen Zivilisation steht.
Filmgast: Claus Kleber, Regisseur.
19.30 Uhr, Naxos-Kino, Waldschmidtstr. 19

Neoliberal!
Vortrag, Diskussion, Barabend
Neoliberal können Ideen, politische Programme und Reformen sein – und das seit achtzig Jahren, auch wenn die gesellschaftlichen Transformationen, die als neoliberal kritisiert werden, eher in das Ende des zwanzigsten Jahrhunderts fallen. Doch indem neoliberale Sozialordnungen bestimmte Selbstverhältnisse hervorbringen, offenbaren sie auch eine subjektive Seite: Ihren Gestaltungswillen richten die Individuen heute weniger auf die soziale Ordnung und die politischen Verhältnisse, sondern zunehmend auch auf den eigenen Körper und die eigenen Gefühle, auf ihr Konzentrationsvermögen, ihr moralisches Bewusstsein und ihr Konsumverhalten. Darin, Gegebenes nicht als natürlich zu akzeptieren, sondern als veränderbar zu begreifen, treffen sich viele dieser Praktiken mit progressiven Idealen. Wie dieses Aufeinandertreffen zu verstehen ist – als Vereinnahmung fortschrittlicher Ideen oder als Komplizenschaft von progressiven Idealen mit dem Neoliberalismus – diskutiert die Soziologin Greta Wagner in einem Vortrag der Reihe Böll Analytics.
Greta Wagner ist promovierte Soziologin aus Frankfurt am Main und lehrt Soziologie an der TU Darmstadt. Bis Juni 2019 forschte sie am Institute for Advanced Study in Princeton. Sie publiziert zu den Themen Selbstoptimierung und Erschöpfung und arbeitet aktuell an einem Projekt zu den Ambivalenzen des Helfens in einer ungleichen Welt. Bei Campus erschien ihr Buch „Selbstoptimierung. Praxis und Kritik von Neuroenhancement“ (2017). Sie ist Mitherausgeberin von „Leistung und Erschöpfung. Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft“ und Co-Autorin von „Vom überforderten zum achtsamen Selbst?“, in dem Band „Das überforderte Subjekt. Zeitdiagnosen einer beschleunigten Gesellschaft“, die beide bei Suhrkamp erschienen sind.
20 Uhr, Mousonturm, Waldschmidtstr. 4

11. Dezember Mittwoch

Film: Qu’ils reposent en colère
(May They Rest in Revolt) von Sylvain George (F 2010, 154 Min., franz.m.engl.U)
Der Film porträtiert in kontrastreichen Schwarz-Weiß-Aufnahmen und fragmentarischer Form die Lebensbedingungen illegalisierter Migrant*innen in Calais von Juli 2007 bis November 2010.
In Kooperation mit Project Shelter und Seebrücke.
19 Uhr, Pupille Kino, Campus Bockenheim, Mertonstr. 26

Das Klimapaket – Zu wenig, zu langsam, zu spät? Verkehr
Analysen und Diskussionen mit Prof. Dr. Christian Holz-Rau
Scientists For Future
Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrum, Georg-Voigt-Straße 14

Adler.Werke.Katzbach
19.30 Uhr, Haus am Dom, Domplatz 3

12. Dezember Donnerstag

Verspielt Kolumbien den Frieden?
Gesprächsabend mit Socorro Ramirez, Menschenrechtsaktivistin, Kolumbien, und Rainer Huhle, Deutsches Institut für Menschenrechte, Mitglied im UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen.
Jahrzehntelang war Kolumbien zerrissen in einen blutigen Bürger- und Drogenkrieg. Der 2016 unter internationaler Vermittlung vereinbarte Friedensprozess ist zusehends gefährdet. Das Land droht erneut in unterschiedliche Gruppen zu zerfallen.
Haus am Dom
19 - 21 Uhr, Haus am Dom, Domplatz 3

Seebrücke meets Iuventa
20 Uhr Iuventa – der Film
Eine Gruppe junger engagierter Menschen gründet im Herbst 2015 in Berlin die Initiative „Jugend rettet“. Über eine Crowdfunding-Kampagne kaufen sie einen umgebauten Fischkutter und taufen ihn auf den Namen „Iuventa“. Im darauffolgenden Jahr startet ihr Schiff zu seiner ersten Mission und schließt sich den Schiffen verschiedener NGOs, der italienischen Küstenwache sowie der Marine an. Nach fast zwei Jahren Einsatz und ca. 14.000 auf hoher See geretteter Menschen wurde im August 2017 das Schiff plötzlich beschlagnahmt und von den italienischen Behörden in Lampedusa festgesetzt. Seitdem kursiert u.a. der Vorwurf der Kooperation mit Schlepperbanden. Eine Anklage ist jedoch bis heute nicht erfolgt. Die bewegende Geschichte wurde von Regisseur Michele Cinque festgehalten. Über ein Jahr lang verfolgt der Film das Leben der jungen Protagonist*innen, fängt die gesamte Spanne der Mission ein, beginnend mit dem Moment, in dem sie in See stechen und ihr unglaubliches Vorhaben wahr wird, bis zu dem Punkt, an dem dieser mit der politischen Realität kollidiert.
21.30 Uhr Gespräch mit Maike Jäger (sea-eye e.V.), Manos Radisoglou (HPI - Human Pilots Initiative), Gunnar Ehrke (Sea Watch e.V.),
Carlos Glatz (Jugend Rettet e.V.)
Im Anschluss Soliparty zu Gunsten von Jugend Rettet und Seebrücke Frankfurt (Seebrücke - Schafft sichere Häfen)
Kino: 7 / 5 €
19.30 Uhr, Farbenfabrik Kino, Gutleutstr. 294

13. Dezember Freitag

Soli-Festival für „Project Shelter“
Das Project.Shelter ist eine gemeinsame Initiative von Menschen im Raum Frankfurt/Main, die zusammen mit obdachlosen geflüchteten Menschen ein selbstverwaltetes Zentrum in Frankfurt gründen wollen. Die Bands Stage Bottles, Swipes, FCKR und Shutcombo verzichten auf Gagen und spenden diese dem Projekt.
19.30 Uhr, ExZess, Leipziger Str. 91

14. Dezember Samstag

Workshop: Beratung über die Vergesellschaftung des Wohnungswesens
11.30 - 18 Uhr Osthafenforum (Medicohaus), Lindleystr. 15 s. Seite 3